

DADO GALDIERI / AP



Demonstrierende Indios in La Paz, Polizeieinheiten

BOLIVIEN

Aufstand der Indios

Mit der Ernennung des bisherigen Präsidenten am Obersten Gerichtshof, Eduardo Rodríguez, zum neuen Staatschef hat der bolivianische Kongress in letzter Minute ein Blutbad verhindern können. Im Osten des Landes waren bereits Schlägertrupps unterwegs, um gewaltsam die Straßenblockaden zu durchbrechen, die Anhänger des Bauernführers Evo Morales in der Nähe der Wirtschaftsmetropole Santa Cruz errichtet hatten. Die mit Baseballschlägern und Gewehren ausgerüsteten Kommandos gehörten der Autonomiebewegung von Santa Cruz an, die immer drängender eine Selbstverwaltung der reichen Region fordert. Diese Organisation wird vor allem von Farmern und Unternehmern finanziert. Sie will die historische politische Vorherrschaft des Andenhochlands brechen. Über 30 000 Einwohner von Santa Cruz haben sich inzwischen in sogenannte Selbstverteidigungskomitees eingeschrieben. In der größten Stadt des Landes gibt es derzeit kaum noch Schusswaffen zu kaufen.



EFE / DPA

Präsident Mesa (am 2. Juni)

Die Autonomiebewegung, die während der jüngsten Krise enormen Zulauf erhalten hat, ist gegen die von den Indios geforderte Verstaatlichung der Erdöl- und Gasvorkommen, die sich in dem tropischen Flachland um

BHUTAN

Ein König lässt säubern

Die abgeschiedene Himalaja-Monarchie, ein ebenso exklusives wie teures Reiseziel von der Größe Niedersachsens, treibt rigoros die massenhafte Vertreibung einer ihrer größten Ethnien voran: Seit den neunziger Jahren wurde bereits jeder sechste Einwohner aus dem Land verbannt. 130 000 Menschen wurde die Staatsbürgerschaft entzogen, die meisten vegetieren seither in südnepalesischen Flüchtlingslagern dahin – arbeitslos, apathisch, depressiv. Neue Kleidung haben sie dort seit zwei Jahren nicht mehr erhalten, die tägliche Reisration wird nur noch sporadisch durch Gemüse ergänzt. Selbst Holz für die traditionelle Einäscherung von Verstorbenen fehlt.

Die 1907 gegründete Erbmonarchie in Bhutan unter dem seit 33 Jahren regierenden König Jigme Singye Wangchuk will mit den Säuberungen vorgeblich „den Buddhismus retten“, in Wahrheit aber ihre Machtgrundlage sichern. Sie drangsaliert deshalb insbesondere die hinduistischen Lhotshampas, die wohl einen deutlich höheren Bevölkerungsanteil stellen als die buddhistischen Ngalongs. Die Ngalongs indes besetzen alle wichtigen Staatsämter – und machen deshalb aus dem genauen statistischen Verhältnis der Ethnien ein Geheimnis. Staatsbürger ist laut Gesetz nur derjenige, dessen Eltern seit 1958 Bhutaner sind – als Nachweis werden lediglich Grundsteuerquittungen aus jener Zeit akzeptiert. Entsprechend einfach ist es, unerwünschte Personen auszuweisen. Jeder Zweite, sagen Menschenrechtler, sei zuvor gefoltert worden, mehr als die Hälfte der Frauen hätten von Vergewaltigungen berichtet. Zahlreiche Gespräche zwischen Bhutan und Nepal blieben ergebnislos. Einen Vermittler lehnt Bhutan kategorisch ab.



AJIT KUMAR / AP

König Wangchuk



KROATIEN

Spiel, Satz, Verlust

Investitionen im EU-Bewerberland Kroatien sind zuweilen hochriskant. Diese Erfahrung machte jetzt auch Goran Ivanišević, der einstige kroatische Superstar der internationalen Tennisszene. Der Wimbledon-Sieger musste vergangene Woche kroatischen Medien gegenüber einräumen, beträchtliche Summen seines Millionenvermögens – allein die Einnahmen aus Preisgeldern brachten ihm 19,8 Millionen Dollar ein – buchstäblich in den Sand gesetzt zu haben.

Mitschuld an der Finanzmisere trägt wohl auch der Vater des Spitzensportlers, der das Geld seines Sohnes vor allem in riskante Bauvorhaben steckte. Dennoch macht der einstige Tennisprofi („Mein Vermögen ist versunken wie die ‚Titanic‘“) vor allem die Korruption in seinem Heimatland für die Notlage verantwortlich. „Im Baugeschäft kann man nicht einmal eine Hundehütte errichten“, schimpfte Ivanišević, „ohne jemanden schmieren zu müssen.“ Die Habgier kroatischer Beamter sei jedenfalls weit verbreitet und die Korruption auf dem Vormarsch, urteil-



SPENCER PLATT / GETTY IMAGES

Santa Cruz konzentrieren. Sie fordert deshalb ein Referendum über die politische Autonomie der Region. Indioorganisationen, Gewerkschaften und zahlreiche andere soziale Bewegungen aus dem Hochland wollen das unter allen Umständen verhindern; mit Protestaktionen hatten sie in den vergangenen Wochen weite Teile des Landes lahm gelegt und vorgezogene Neuwahlen sowie eine verfassunggebende Versammlung gefordert. Präsident Carlos Mesa war schließlich dem Druck der Straße gewichen und vor einer Woche zurückgetreten. Der neue Staatschef Rodríguez hat jetzt Wahlen noch vor dem Ende des Jahres versprochen.

te Transparency International erst Mitte Mai. „Die Bevölkerung hat das Gefühl, dass Kroatien den Kampf gegen die Korruption verliert“, so Zorislav Antun Petrović, Präsident der kroatischen Transparency-Sektion. Im weltweiten Korruptionsindex findet sich der Adria-Staat, dessen Regierung sehnsüchtig auf den Beginn der Gespräche mit Brüssel über eine EU-Mitgliedschaft wartet, zurzeit auf Rang 67 – noch hinter Bakschischländern wie Kuba und dem afrikanischen Ghana.



BERND FEIL / M.I.S.

Ivanišević

RUSSLAND

Schöne Verpackung

Um das getrübte Bild des Landes international aufzubessern, bringt der Kreml eine 25-jährige Fernsehjournalistin in Stellung: Margarita Simonjan, bislang Korrespondentin des staatseigenen Fernsehkanals „Russland“, wird als Chefredakteurin des neuen englischsprachigen Staatssenders „Russia Today“ Moskaus Sicht der Ereignisse vor allem dem Westen nahe bringen. Mit 500 Mitarbeitern und einem Budget von rund 30 Millionen Dollar soll der Kreml-Kanal ab Jahresende rund um die Uhr in aller Welt ein freundliches Bild von Russland zeigen. „Russia Today“ wird als Tochterfirma der staatlichen Nachrichtenagentur RIA Nowosti senden, die das Erbe des gleichnamigen sowjetischen Dienstes angetreten hat und einst mit Hilfe des KGB die sowjetische Realität für ausländisches Publikum aufbereitete. Mit dem Sowjetsystem verbinden die Chefredakteurin nur noch Kindheitserinnerungen. Die westliche Welt lernte sie nach der Wende als 16-jährige Austauschschülerin in den USA kennen. Doch schon früh bewies die Jungjournalistin ihre Loyalität zur Moskauer Führung. Als 19-Jährige berichtete sie 1999 für einen staatlichen TV-Sender über den Vormarsch der russischen Armee in Tschetschenien.

Für ihren Mut bei der Kriegsberichterstattung mit Journalistenpreisen ausgezeichnet, erhielt Simonjan im Herbst 2002 einen der begehrten Plätze im Präsidentenpool in Moskau. Während der Geiseltragödie in Beslan berichtete sie vor Ort – selbstverständlich ganz im Sinne ihrer Auftraggeber. Im Kreml hat Simonjan zahlreiche Verehrer, darunter auch Präsident Wladimir Putin, der ihr



ITAR-TASS / ACTION PRESS

Simonjan

zum 25. Geburtstag mit einem Blumenstrauß gratulierte. Kurz darauf trug Putin-Berater Michael Lessin, ein ehemaliger Medienminister, ihr die neue Aufgabe an. Simonjan ahnt bereits, dass ihr Job von Einmischungsversuchen seitens hoher Staatsbeamter nicht verschont bleiben wird. Doch Zensur, verspricht die Optimistin, werde es bei „Russia Today“ nicht geben. Die sei schließlich „von der Verfassung verboten – falls das jemand nicht weiß“.



KOCKUMS AB

U-Boot HMS „Gotland“

RÜSTUNG

Leasing mit Folgen

Amerikas Militär, das seit vielen Jahrzehnten ausschließlich auf atomar getriebene U-Boote setzt, will künftig für einen scheinbar anachronistischen Unterwasserkrieg üben. Nach Ende des Kalten Krieges hat die Supermacht immer häufiger mit potentiellen Gegnern zu tun, die nur konventionell betriebene U-Boote besitzen – wie etwa Iran. Den Seekrieg gegen solche Mächte kann die Navy allerdings – mangels eigener Boote mit herkömmlichem Antrieb – nur noch mit ausländischer Hilfe trainieren. Daher wollen sich die Amerikaner nun das schwedische Diesel-U-Boot HMS „Gotland“ ausleihen – samt schwedischer Besatzung. Das Pikante an der ungewöhnlichen Kooperation: Die schwedische Werft Kockums, die den Unterwasserjäger „Gotland“ an die U.S. Navy vermieten soll, gehört zur Howaldtswerke-Deutsche-Werft-AG (HDW), dem erfolgreichsten U-Boot-Exporteur der Welt. HDW, Erfinder einer revolutionären konventionellen U-Technik, die wochenlange Tauchfahrten ermöglicht, könnte die Leihgabe aber über kurz oder lang das Geschäft verhageln. Denn der Deal belebt einen alten Glaubenskrieg in der U.S. Navy neu: Viele US-Experten fordern seit langem den Wiedereinstieg in den Bau konventioneller U-Boote. Sie haben dabei nicht nur den eigenen militärischen Bedarf im Visier, sondern auch den ertragreichen Rüstungsexport, den sich heute Russland, Frankreich und die Kieler HDW teilen.